

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Annemarie Renger MdB, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, kritisiert Pläne der Bundesregierung gegen die Hilfsorganisationen: Sorge um den Zivilschutz.

Seite 1

Dr. Alfred Emmerlich MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, resümiert in einer Nachbetrachtung die Ergebnisse des Deutschen Juristentages: Mehr Sachkompetenz nötig.

Seite 3

Helmut Rohde MdB verurteilt Blüms Lehrstellen-Lotterie und fordert konkrete Maßnahmen für junge Menschen: Berufsausbildung stabilisieren.

Seite 5

39. Jahrgang / 194

9. Oktober 1984

Sorge um den Zivilschutz

Pläne der Bundesregierung verunsichern Hilfsorganisationen

Von Annemarie Renger MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Die Zivil- und Katastrophenschutzorganisationen in der Bundesrepublik leisten einen unverzichtbaren Beitrag für das Gemeinwesen.

Mit tiefer Sorge müssen die Pläne der Bundesregierung, die bereits zu einer Verunsicherung der Hilfsorganisationen geführt haben, zur Kenntnis genommen werden, in Zukunft junge Wehrpflichtige nicht mehr vom Wehrdienst freizustellen, wenn sie einen zehnjährigen Hilfsdienst in den Zivil- und Katastrophenschutzorganisationen ableisten.

Dabei geht es um circa 16.000 bis 17.000 freiwillige Helfer. Den Hilfsdiensten würden damit der Kern ihrer Hilfsmannschaften entzogen. Sie könnten ihre Aufgaben nicht mehr im bisherigen Umfang gerecht werden.

Für sozialdemokratisch geführte Bundesregierungen standen Zivil- und Katastrophenschutz, gleichberechtigt neben



der militärischen Verteidigung. Dies ist auch immer in der Freistellung von jungen Menschen vom Wehrdienst für diese Aufgabe zum Ausdruck gekommen.

Die jetzige Bundesregierung scheint diese Politik verlassen zu wollen.

Ich habe deshalb die Bundesregierung gefragt:

1. Entspricht es der Zielsetzung der Bundesregierung, daß durch die drastische Einschränkung von Freistellungen von der Militärdienstpflicht für Helfer von Zivil- und Katastrophenschutzorganisationen, wie sie bisher aus Plänen der Bundesregierung bekannt geworden sind, die Zivil- und Katastrophenschutzorganisationen zukünftig ihre Aufgaben nicht mehr sinnvoll erfüllen können?
2. Hat die Bundesregierung ihre Auffassung geändert, daß der Zivil- und Katastrophenschutz in seiner Bedeutung gleichberechtigt neben der militärischen Verteidigung steht und daß dies auch in einer angemessenen personellen Ausgestaltung der Hilfsdienste zum Ausdruck kommen muß oder will die Bundesregierung die Hilfsdienste über eine personelle Ausdünnung ihres Sinnes berauben?

(-/9.10.1984/ks/rs)

+ + +



Mehr Sachkompetenz nötig

Eine Nachbetrachtung zum Deutschen Juristentag

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Der Deutsche Juristentag ist ein Verein des privaten Rechts, der derzeit cirka 8.500 Juristinnen und Juristen als Mitglieder zählt. Er blickt auf eine mehr als 100jährige Geschichte zurück. Auf wichtige Rechtsreformen hat er in der Vergangenheit Einfluß genommen. Die alle zwei Jahre stattfindenden Deutschen Juristentage können in der Tat ein wichtiges Forum für die Rechtspolitik sein. Mit sachkundigen Beratungen und gut fundierten Empfehlungen kann auf die Gesetzgebung eingewirkt werden.

Es mehren sich allerdings die Stimmen, die von einer Minderung des Ansehens des Deutschen Juristentages reden. Es wird befürchtet, daß mächtige Interessengruppen gezielt auf die Beratungen Einfluß nehmen und die Gefahr besteht, daß nicht mehr fundierte Argumente den Ausschlag geben, sondern die Zahl der von den Interessengruppen zum Juristentag entsandten Vertreter.

Dem Ansehen des Juristentages ist es auch nicht förderlich, wenn CDU/CSU versuchen, den Juristentag für sich zu vereinnahmen. Aussagen wie die des Staatsministers beim Bundeskanzler, Friedrich Vogel (CDU): "Nicht nur die Grundsätze, sondern über weite Strecken auch die Einzelaussagen der Beschlüsse betrachte ich als eindrucksvolle Bestätigung der Rechtspolitik der Union" sind eine Gefahr für die parteipolitische Unabhängigkeit des Juristentages.

An den Beratungen des diesjährigen 55. Deutschen Juristentages in Hamburg haben rund 2.800 Mitglieder teilgenommen. In der zivilrechtlichen Abteilung befaßten sie sich mit dem Werkvertragsrecht. Die Abteilung Wirtschaftsrecht erörterte Maßnahmen im Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht, um die Kapitalausstattung der Unternehmen langfristig zu verbessern. In der strafrechtlichen Abteilung war die Rechtstellung des Verletzten im Strafrecht Beratungsgegenstand. Thema der Abteilung Verwaltungsrecht war der Versuch, einen rechtlichen Ordnungsrahmen für Subventionen zu erstellen. Die Abteilung Sozialrecht diskutierte die weitere Entwicklung des Sozialrechts "zwischen Anpassungszwang und Bestandschutz".

Vor allem in der wirtschafts-, verwaltungsrechtlichen und sozialrechtlichen Abteilung wurden Fragen erörtert, die deutlich außerhalb der Rechtspolitik liegen und zu denen juristische Kenntnisse und Fähigkeiten beitragen können. Einzelne Thesen sind denn leider auch Leerformeln, Platitüden und Allgemeinplätze, die dem Juristentag nicht zum Ruhm gereichen und die zur Problemlösung nichts beitragen. Einige Beispiele:

- "Höhe und Struktur der Subventionen, Vergabep Praxis und mangelnde Erfolgskontrollen führen zu ungelösten Problemen."
- "Es ist außerordentlich schwierig, die Folgewirkungen von Subventionen konkret und exakt vorauszusetzen oder nachträglich zu ermitteln."
- "Daneben bestehen Anpassungszwänge des Verfassungsrechts und des Zusammenwirkens der verschiedenen Rechtsgebiete" (zum Sozialrecht).



Dort hingegen, wo rechtspolitische Probleme behandelt und auf Interessenpolitik verzichtet wird, kann der Juristentag auch heute noch Vorschläge unterbreiten, die bei der Bewältigung von Problemen helfen können. Die strafrechtliche Abteilung machte zunächst einmal deutlich, daß eine Verbesserung der Stellung des Verletzten die Position des Beschuldigten und seine Verteidigungsmöglichkeiten nicht beeinträchtigen darf. Diese Mahnung sollten sich CDU, CDSU und FDP "hinter die Ohren schreiben". Sie sind nämlich dabei, Rechte des Angeklagten und der Verteidigung im Strafverfahren zu beschneiden. Manche von ihnen und auch andere wollen sich als "Anwalt des Verbrechensofners" auf Kosten der Rechte des Angeklagten profilieren. Man wird sicher nicht alle Vorschläge der strafrechtlichen Abteilung übernehmen können.

Eine Reihe von Vorschlägen weisen jedoch zweifelsfrei in die richtige Richtung. Das gilt insbesondere für einen verbesserten Schutz der Zeugen im Strafprozeß. Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion bereits einen Gesetzentwurf im Deutschen Bundestag eingebracht, der die Situation der Opfer von Sexualdelikten, insbesondere von vergewaltigten Frauen im Strafprozeß deutlich verbessern kann, indem zum Beispiel dem Opfer auf seinen Antrag ein Rechtsanwalt als Beistand kostenlos beigeordnet wird und die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden kann.

Ein interessanter Ansatz ist auch die Anregung, in stärkerem Ausmaß als bisher in Strafverfahren einerseits auch Schadensersatzansprüche mit abzuwickeln und andererseits die Erstattung des Schadens bei der Bemessung der Höhe der Strafe mehr als bisher mildernd zu berücksichtigen. (-/9.10.1984/ks/rs)

+ + +



Berufsbildung stabilisieren

Statt Blüms Lehrstellen-Lotterie sind konkrete Maßnahmen erforderlich

Von Helmut Rohde MdB

Arbeitsminister Blüm und das ZDF haben mit ihrem gemeinsamen Bonner Auftritt die treffendste Charakterisierung der Lehrstellensituation gegeben: Sie ist zu einem Lotteriespiel geworden. In den 80er Jahren werden die Aussichten immer unbestimmter. Die jungen Menschen wissen nicht, ob und welche Art von Stelle sie im nächsten Jahr erwarten können.

Daß sich die Akteure an der Lostrommel offensichtlich nicht bewußt wurden, was sie trieben, ist das eigentlich Bedrückende. Die Bildungs- und Lebensplanung für die eigenen Kinder würden sie sicher nicht von einem Losentscheid abhängig machen. Für die Berufsbildung aber wird Show arrangiert und zu dem noch Dankbarkeit erwartet. Und das alles, obwohl das geltende Recht zur Berufsbildungsplanung verpflichtet und dafür durch Gesetz Institutionen geschaffen worden sind.

Statt dieser Gags wäre politische Aufgeschlossenheit, vor allem der Wille notwendig, neue Wege für die ohne Zweifel schweren Zukunftsprobleme zu suchen. Die Öffentlichkeit ist da beweglicher als das Regierungslager. Sie beschäftigt sich zunehmend mit dem Gedanken, daß ergänzende Finanzierungsmethoden entwickelt werden müßten, um das Ausbildungsangebot verlässlicher zu machen. Die Gründe liegen heute auf der Hand: die wachsenden Stellen-Defizite, das regionale Gefälle und vor allem die wichtige Frage, wie sich die Berufsausbildung auf neue Technologien und Arbeitsweisen einstellen wird.

Die Regierung aber lenkt ab, greift in rigoroser Weise in den Jugendarbeitsschutz ein. Statt sich mit den eigentlichen Aufgaben des Berufsbildungssystems zu beschäftigen, will sie insbesondere für Bäckerlehrlinge den Arbeitsbeginn auf 4.00 Uhr festlegen. An solchem Verhalten erkennt man, was der Unterschied zwischen einer Regierung und einem Milieu ist.

In der Finanzfrage stehen sich die Auffassungen kontrovers gegenüber. Dies ist die eigentliche Crux: Die für die Jugendlichen und für das Berufsbildungssystem wichtigste



Frage haben Politik und Verbände zu einem emotionsgeladenen Feld gemacht. Hier gibt es keine Innovation, eher Blockade.

Wäre denn nicht ein neuer Anfang denkbar, ein Weg zu finden, der das Notwendige möglich machte? Dieser müßte aus dem Charakter des Berufsbildungssystems heraus entwickelt werden, indem ein ausbildungsbezogener Finanzausgleich zwischen den Betrieben geschaffen wird. Der Staat hätte sich daran zu beteiligen. Das entspräche einem dualen System. Anstatt nun aber mit Gewerkschaften und Arbeitgebern die Diskussion über eine ergänzende, angebotsichernde und Zukunft anstrebende Finanzierung zu führen, Aufgabe und Rolle der Tarifparteien deutlich zu machen, wiegelt die Regierung ab. Obwohl sich von Jahr zu Jahr die Probleme summieren, begnügt sie sich mit Appellen und verdächtigt jeden, der durch die Verpflichtung der Wirtschaft im ganzen die Berufsbildung stabilisieren will.

Diese Erfahrungen sind nicht neu. Seit fast 15 Jahren haben die liberalen und konservativen Kräfte in der deutschen Politik nichts ausgelassen, um entweder mit offener Konfrontation oder mit Polit-Tricks eine finanzielle Stabilisierung des Berufsbildungssystems zu hintertreiben. Und jetzt, angesichts des Debakels, in das wachsende Teile der Arbeitnehmerjugend hineingezogen werden, entweder überhaupt keine Ausbildungsstelle finden, auf ihre Ausbildungserwartungen verzichten müssen und keinen Platz in Zukunftsberufen finden?

Da ist ja nicht nur der Arbeitsminister mit seiner Jugendarbeitsschutz-Philosophie. Zum ihm gesellt sich ja auch noch der mitbeteiligte Wirtschaftsminister Bangemann, der - um mit Genschers historischen Vergleichen zu reden - immer mehr zum Schmücker der 80er Jahre wird. Dieses Regierungsmilieu bewegt sich nicht. Es muß vom Parlament und der Öffentlichkeit auf Trab gebracht werden. (-/9.10.1984/ks/rs)

+ + +

